

# Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:  
OBM/ZV/11

Verantwortliche/r:  
Personal- und Organisationsamt

Vorlagennummer:  
11/084/2012

## Mitteilung zur Umsetzung der Haushaltskonsolidierungsbeschlüsse 2011 (Rödl & Partner)

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	18.04.2012	Ö	Kenntnisnahme	zur Kenntnis genommen

Beteiligte Dienststellen  
Ämter 20, 24, 40, 50, 51

### I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

### II. Sachbericht

Mit Beschluss vom 23.03.2011 hat der HFPA das Personal- und Organisationsamt mit dem Controlling zu den Haushaltskonsolidierungsbeschlüsse 2011 (Rödl & Partner) beauftragt. Als Berichtszeitraum wurde ein halbjährlicher Turnus vereinbart. Nach dem Bericht vom 19.10.2011 wird nun der zweite Bericht vorgelegt.

#### 1. Zusammenfassung der Einsparziele 2012 1. Quartal Gesamtstadt:

Kostenreduzierung im Personalaufwand (Maßnahme 1, 3, 6,8) :

<u>Ziel (2011):</u>	<u>423.600 €</u>	<u>Ist (2011)</u>	313.133 €
---------------------	------------------	-------------------	-----------

<u>Ziel (I/2012):</u>	<u>136.665 €</u>	<u>Ist (I/2012)</u>	114.386 €
-----------------------	------------------	---------------------	-----------

Kostenreduzierung im Sachkostenaufwand :

	<u>Ziel (I/2012):</u>	<u>Ist (I/2012)</u>
Maßnahme 5	20.000 €	20.500 €
Maßnahmen 19-21	79.650 €	noch nicht ermittelbar

## **2. Einzelberichte**

### **Amt 11 – Maßnahme Nr. 1 (Reorganisation der Abteilungsgliederung)**

#### 1. Beschreibung der Maßnahme

Rödl und Partner hat die Einsparung der Abteilungsleiterplanstelle Abt. 112 mit Ausscheiden des Planstelleninhabers vorgeschlagen und eine Neustrukturierung des Aufgabenbereichs Organisation innerhalb OBM/ZV angeregt.

#### 2. Zeitplan für die Umsetzungsaktivitäten

Terminplan erstellt:	✓
Umsetzungsaktivitäten im Zeitplan:	✓

#### 3. Finanzziel

Der Vorschlag wurde bereits ein Jahr vor dem ursprünglichen Plan für das Finanzziel realisiert, damit ist das Einsparvolumen bereits dieses Jahr verbucht worden.

### **Amt 11 – Maßnahme Nr. 3 (Kürzung des zbV-Budets)**

Der Vorschlag ist umgesetzt, die Finanzziele werden erfüllt.

### **Amt 11 – Maßnahme Nr. 4 (Reduzierung Ausbildung über Bedarf)**

#### 1. Beschreibung der Maßnahme

„Bei der Stadt Erlangen wurden in den Jahren 2006 bis 2010 mit den jährlich begonnenen dreijährigen Ausbildungszyklen neben der Bedarfsausbildung im Durchschnitt jeweils zehn Ausbildungsverhältnisse über Bedarf begründet. ...

Wir empfehlen deshalb, ab dem Ausbildungsjahrgang 2012 die je jährlich begonnenem Ausbildungszyklus über Bedarf angebotenen Ausbildungsverhältnisse um fünf zu reduzieren.“

#### 2. Zeitplan für die Umsetzungsaktivitäten

Terminplan erstellt:	✓
Umsetzungsaktivitäten im Zeitplan:	✓

#### 3. Finanzziele

Für 2012 sind keine Einsparungen vorgesehen.

### **Amt 11 – Maßnahme Nr. 5 (Einsparung von Büroarbeitsplätzen)**

#### 1. Beschreibung der Maßnahme lt. Rödl und Partner

„... Wir empfehlen, durch den flexiblen Einsatz von Teilzeitbeschäftigten (mindestens) 20 Büroarbeitsplätze einzusparen ("desk-sharing").“

#### 2. Zeitplan für die Umsetzungsaktivitäten

Terminplan erstellt:	✓
Umsetzungsaktivitäten im Zeitplan:	✓

### 3. Finanzziele

Die vorgesehenen Einsparungen werden für 2012 erreicht.

#### **Amt 11 – Maßnahme Nr. 6 (Einführung einer 2-monatigen Wiederbesetzungssperre zum 01.03.2011)**

##### 1. Beschreibung der Maßnahme

Die Sperre wird durch den Abzug der betreffenden finanziellen Mittel im Personalkostenbudget realisiert. Dem Fachamt steht es frei, die Planstelle trotzdem nahtlos wiederzubesetzen, falls andere budgetierte Finanzmittel dafür zur Verfügung stehen. Die Maßnahme wurde 2012 verlängert.

##### 2. Zeitplan für die Umsetzungsaktivitäten

Terminplan erstellt:	✓
Umsetzungsaktivitäten im Zeitplan:	✓

### 3. Finanzziele

Ziel für Q I/2012	103.290 €
Stand zum 30.03.2012	71.961 €

Die Einhaltung der Zielvorgabe ist nur bedingt steuerbar, da das Ergebnis allein von der Fluktuation der Beschäftigten abhängig ist.

#### **Amt 24 – Maßnahme Nr. 8 (Personalreduzierung in Poststelle und Hausdruckerei)**

Der Vorschlag wird (wie bereits im letzten Bericht dargestellt) aktuell nicht umgesetzt, da die räumliche Nähe zwischen Hausdruckerei und Poststelle kurzfristig nicht hergestellt werden kann. Die Ziele werden nicht erreicht.

#### **Amt 40 – Maßnahme Nr. 10 (Kostenerstattung für die Überlassung von Schulküchen und Personal an Dienstleister)**

##### Zeitplan für die Umsetzungsaktivitäten

Terminplan erstellt:	✓
Umsetzungsaktivitäten im Zeitplan:	✓

### 3. Finanzziele

Für 2012 sind keine Einsparziele vorgesehen.

#### **Amt 24 – Maßnahme Nr. 12 (Flächenoptimierung in Verwaltungsgebäuden)**

##### Zeitplan für die Umsetzungsaktivitäten

Terminplan erstellt:	✓
Umsetzungsaktivitäten im Zeitplan:	✓

### 3. Finanzziele

Für 2012 sind keine Einsparziele vorgesehen

## **Amt 50 - Maßnahme Nr. 19 (Ausbau der Unterstützung für obdachlose Menschen)**

### 1. Beschreibung der Maßnahme lt. Gutachten Rödl & Partner

"Die Stadt Erlangen als Ordnungsbehörde ist dazu verpflichtet, obdachlose Menschen unterzubringen. Das Übernachtungsheim Wöhrmühle, der Obdachlosenverein, die Verfügungswohnungen und weitere Bestandteile der aktiven Obdachlosenhilfe dienen dem Sozialamt als Instrumente, mit denen dieser Aufgabe begegnet werden kann. Die Erträge die im Rahmen der Bereitstellung von Verfügungswohnungen erzielt werden, lagen im Jahr 2009 bei rund 559 TEUR. Demgegenüber standen Aufwendungen in Höhe von rund 827 TEUR.

Die in der Stadt Erlangen entwickelten Konzepte zur Wandlung der Obdachlosenverwaltung zur aktivierenden und teilweise begleitenden Beratung stellen eine solide Basis für die Ermöglichung schneller Hilfe dar. Gegenwärtig kann die Vermittlung aus den Wohnungen ausreichend fachlich durch eine sozialpädagogische Fachkraft begleitet werden. Die Vermeidung des Zugangs zu Verfügungswohnungen muss jedoch intensiviert werden. Darüber hinaus wurden die Gebühren für dieses Hilfsangebot zuletzt 2005 erhöht"

### 2. Zeitplan für die Umsetzungsaktivitäten

Der Zeitplan wird aktuell überarbeitet.

Das angestrebte Einsparziel "Reduzierung der Verfügungswohnungen um jährlich 16 Wohneinheiten" wird durch die nun mit der GeWoBau geplanten zusätzlichen Sanierungsmaßnahmen mehr als erfüllt (siehe auch StR Beschluss vom 29.03.12). Nach der Sanierung, die bereits im Frühjahr beginnen soll, werden 124 Wohnungen den Status "Verfügungswohnungen" verlieren und es soll nur noch 98 Verfügungswohnungen an den betroffenen Standorten geben.

## **Amt 51 – Maßnahme Nr. 20 (Verstetigung der Pflegequote)**

Zu den Vorschlägen Nr. 20 und 21 im Bereich der Jugendhilfe wird ergänzend und zur vertiefenden Information auf die JHA-Vorlage zum Controlling-Beschluss in der Sitzung vom 13.10.2011 und vom 22.03.2012 verwiesen.

### 1. Beschreibung der Maßnahme lt. Gutachten Rödl & Partner

„Die Hilfen nach § 33 SGB VIII-Vollzeitpflegestellen für die Stadt Erlangen eine wichtige Möglichkeit der Umsteuerung kostenintensiver Hilfen außerhalb der Familie dar. Die Koordination des Pflegekinderwesens obliegt der Abteilung 511 des Stadtjugendamtes.

Durch die Bemühungen des Pflegekinderdienstes ausreichend Eltern für Pflegschaften bereitzustellen, konnte im Jahr 2008 eine Pflegequote von rund 54 Prozent erreicht werden.

Um eine Stagnation der Pflegequote auf hohem Niveau zu vermeiden, empfiehlt Rödl & Partner den Pflegekinderdienst um 2,0 VZÄ [Anm. Beschluss Erlangen 1,0 VZÄ] zu verstärken und das Konzept der Heilpädagogischen Sonderpflege fortzuschreiben. Ziel dieser Intensivierung muss sein, mittelfristig eine Pflegequote von rund 65 Prozent erreichen und verstetigen zu können.“

### 2. Zeitplan für die Umsetzungsaktivitäten

Terminplan erstellt:	✓
Umsetzungsaktivitäten im angepassten Zeitplan:	✓

### 3. Finanzziele

Für die Darstellung der Finanzziele wird ein umfassenderes Controllinginstrument zur Verfügung gestellt mit MZK vom 22.03.2012 berichtete Amt 51 erstmals im JHA die Grunddaten zur Evaluierung der Finanzziele. Deren Einhaltung wird erstmals im 3. Controllingbericht (Herbst 2012) evaluiert.

## **Amt 51 – Maßnahme Nr. 21 (Ausbau präventiver Beratungsmaßnahmen in Kindertagesstätten und Familienpädagogischen Einrichtungen)**

### 1. Beschreibung der Maßnahme lt. Gutachten Rödl & Partner

„Im § 16 SGB VIII wird der Begriff der Allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie näher ausgeführt. Der Beratungsbegriff wird in den verschiedenen Aufgabenbereichen Vormundschaft/ Beistandschaft, Allgemeiner Sozialer Dienst / Besonderer Sozialer Dienst, Kindertageseinrichtungen, Koordinierende Kinderschutzstellen und Städtische Jugend- und Familienberatungsstelle wahrgenommen.

Die übergreifende Zusammenarbeit und die Vernetzung der einzelnen Beratungsangebote findet gegenwärtig nicht flächendeckend, sondern immer wiederkehrend in Projektform statt, obwohl die strukturellen Gegebenheiten im Stadtjugendamt gute Voraussetzungen darstellen.

Damit eine möglichst breite Masse an potenziellem Beratungsklientel erreicht wird, ist es notwendig verschiedene Institutionen in die Intensivierung und Verdichtung des Beratungsansatzes einzubinden. Diese Intensivierung sollte im Bereich der Familienpädagogischen Einrichtungen mit 1,5 VZÄ [Anm. Beschluss Erlangen 1,0 VZÄ], der Kindertageseinrichtungen mit 3,0 VZÄ [Anm. Beschluss Erlangen 1,0 VZÄ] ... erfolgen. ...“

### 2. Zeitplan für die Umsetzungsaktivitäten

Terminplan erstellt:	✓
Umsetzungsaktivitäten im angepassten Zeitplan:	✓

### 3. Finanzziele

Für die Darstellung der Finanzziele wird ein umfassenderes Controllinginstrument zur Verfügung gestellt mit MZK vom 22.03.2012 berichtete Amt 51 erstmals im JHA die Grunddaten zur Evaluierung der Finanzziele. Deren Einhaltung wird erstmals im 3. Controllingbericht (Herbst 2012) evaluiert.

## **Amt 51 – Maßnahme Nr. 23 (Steigerung der Erträge aus Elternbeiträgen im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder)**

### 1. Zeitplan für die Umsetzungsaktivitäten

Terminplan erstellt:	✓
Umsetzungsaktivitäten im angepassten Zeitplan:	✓

### 2. Finanzziele

Für 2012 sind keine Zusatzeinnahmen vorgesehen.

### III. Behandlung im Gremium

**Beratung im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 18.04.2012**

#### Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

gez. Dr. Balleis  
Vorsitzende/r

gez. Ternes  
Berichtersteller/in

IV. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

V. Zum Vorgang